

Staatsregierung verheimlicht Kosten für das Auslagern von Teilbereichen des Finanzamts München

München (30.03.12). „**Die Staatsregierung verheimlicht bewusst die Kosten für das Auslagern von Teilbereichen des Finanzamts München**“, so die grüne Landtagsabgeordnete **Claudia Stamm**. Die haushaltspolitische Sprecherin der Grünen hat eine Anfrage an die Staatsregierung gestellt, dazu Claudia Stamm:

„Zu meiner ausdrücklich gestellten Frage nach den Kosten für das Auslagern von Teilbereichen des Finanzamtes München-, d.h. den Bau- Miet- und Umzugskosten sowie den Synergieverlusten - schweigt sich die Staatsregierung schlichtweg aus und verweigert die Antwort. Die geschätzten Kosten für die drei weiteren Bearbeitungsstellen des Finanzamts München in Höchstädt a. d. Donau, Donauwörth und Grafenau sind sehr hoch: Allein für den Standort Höchstädt a. d. Donau liegen sie bei über 10 Millionen Euro. Dorthin soll die Bewertungsstelle verlagert werden – und dann quasi aus der Ferne der Grundbesitz in München bewertet werden. Ob die Verlagerung nach Höchstädt eine sinnvolle Maßnahme ist, ist besonders fraglich: Für das Gebäude, das bezogen werden soll, gibt es sehr hohe Umbaukosten und bis jetzt haben sich nur 3 Mitarbeiter mit der erforderlichen Sachkenntnis gemeldet, die den Umzug zur Bewertung von Grundbesitz in München in Höchstädt mitmachen wollen. Fehlende Expertise durch fehlendes Personal in Höchstädt, das erstmal gefunden und entsprechend ausgebildet werden muß - das wird den Steuerzahler einiges kosten.

Das Finanzamt München hat dann mit den drei neuen insgesamt 15 Bearbeitungsstellen in ganz Südbayern auf 22 Standorte hin verteilt. Dies ist definitiv keine vernünftige Regionalpolitik - dies ist weit entfernt von Verwaltungseffizienz oder Bürokratieabbau.“

Gerade hat die Landtagsabgeordnete Stamm - wie auch der ORH - bei der Verabschiedung des Nachtragshaushalts 2012 im Bayerischen Landtag die schweren Versäumnisse der Staatsregierung bei der Steuerverwaltung angeprangert.

So Claudia Stamm: „Den Steuerzahler kommen die eigenwilligen Kapriolen der Staatsregierung in der Steuerverwaltung teuer zu stehen: Zu wenig Prüfer, eine unterbesetzte Steuerfahndung München und die Wiederbesetzungssperre sind gute Beispiele hierfür. Und auch das Vorhaben, weitere Bereiche des Finanzamtes Münchens auszulagern, ist nichts anderes als eine mutwillige Geldvernichtung. Die Effizienz der Steuerverwaltung wird nicht gesteigert, sondern mit viel zusätzlichem Geld gelähmt. Die Staatsregierung hat das Finanzamt München, das für hohe Einnahmen des Freistaates Bayern verantwortlich ist, bezeichnenderweise am Unterbringungskonzept überhaupt nicht beteiligt: Sie hätte erstmal diejenigen fragen sollen, die die Verlagerung betrifft und auch wissen, was effiziente Steuerverwaltung in Bayern wirklich bedeuten kann.“